

Brüssel, den 23. November 2005

Kommission genehmigt staatliche Beihilfe Dänemarks zum Ausgleich von Verlusten wegen GVO in konventionellen und ökologischen Kulturen

Die Europäische Kommission hat heute Dänemark gestattet, Ausgleichszahlungen an Landwirte zu zahlen, die im konventionellen und ökologischen Landbau Verluste erleiden, weil in ihren Kulturen genetisch verändertes Material gefunden wird. Dies ist das erste Mal, dass die Kommission eine solche staatliche Beihilfe genehmigt. Der Ausgleich wird nur gewährt, wenn der Anteil von GV-Material über 0,9 % liegt, und ist beschränkt auf die Preisdifferenz zwischen dem Marktpreis für eine Kultur, die als gentechnisches Material enthaltend gekennzeichnet werden muss, und dem Marktpreis für eine Kultur, für die eine solche Kennzeichnung nicht erforderlich ist. Der Ausgleich wird zu 100 % aus den Pflichtabgaben der Landwirte finanziert, die genetisch veränderte Organismen (GVO) anbauen.

Die Kontaminierung herkömmlicher Kulturen mit GV-Material kann für konventionell oder ökologisch wirtschaftende Landwirte zu finanziellen Verlusten führen, wenn sie die Beimischung auf dem Etikett vermerken müssen und daher einen niedrigeren Preis erlösen. Dies ist vor allem bei -Erzeugnissen des ökologischen Landbaus der Fall. Zurzeit gibt es in der Europäischen Union noch keine Möglichkeit, sich gegen dieses Risiko zu versichern.

Dänemark hat einen Ausgleichsfonds eingerichtet, der sich ausschließlich aus einer bei den Erzeugern von GV-Kulturen erhobenen steuerähnlichen Abgabe in Höhe von 100 DKR (13,4 EUR) je Hektar Land finanziert und zum Ausgleich wirtschaftlicher Verluste aufgrund der Kontaminierung mit GV-Material dient. Die Regelung wird von den dänischen Behörden verwaltet.

Einen Ausgleich erhalten nur Landwirte und nur dann, wenn sich der Anteil von GV-Material auf mehr als 0,9 % der herkömmlichen oder ökologischen Kultur beläuft; in diesem Fall muss auf dem Etikett nach den EU-Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel) angegeben werden, dass das Erzeugnis GVO enthält. Der Ausgleich entspricht höchstens der Differenz (auf der Grundlage der offiziellen Marktpreise) zwischen der GV-Kultur einerseits und konventionellen und ökologischen Kulturen andererseits.

Die Zahlung des Ausgleichs lässt jedoch die zivilrechtliche Haftung oder die strafrechtliche Verantwortung, die die GV-Kulturen erzeugenden Landwirte nach dänischem Recht haben, unberührt. Die dänischen Behörden werden in allen Fällen Maßnahmen ergreifen, um den Ausgleich von den Landwirten zurückzufordern, von deren Feldern aus sich das GV-Material verbreitet hat.

Der Ausgleichsfonds wird so bald wie möglich durch eine private Versicherung ersetzt. Die Ausgleichsregelung ist auf fünf Jahre befristet.

Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Beihilfen zu einer erfolgreichen Koexistenz von gentechnisch veränderten mit herkömmlichen oder ökologischen Kulturen beiträgt, nicht zuletzt, weil sie zu 100 % von den dänischen Landwirten finanziert wird, die GV-Kulturen anbauen, und weil sie ausläuft, sobald Versicherungsprodukte, die gegen das Risiko einer Kontaminierung versichern, auf dem Gemeinschaftsmarkt verfügbar sind. Diese Beihilfe dürfte die Struktur der landwirtschaftlichen Erzeugung in einer Weise verbessern, die mit der

Gemeinschaftspolitik in Bezug auf die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen vereinbar ist.

Die Kommission hat die Beihilfe daher auf der Grundlage der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen (Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag) genehmigt.

Der Wortlaut der Entscheidung wird in Kürze unter der Beihilfennummer N 568/2004 auf der folgenden Website ins Internet gestellt:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/droit_com/index_en.htm#aides